

Landesärztekammer Brandenburg fordert Impfpflicht

Die Brandenburger Ärzteschaft fordert eine bundesweite Masern-Impfpflicht. Aus medizinisch-wissenschaftlicher Sicht gebe es keine gleichwertige Alternative zu einer Impfpflicht nach den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission, heißt es in einer Resolution, die das Ärzteparlament am 6. April verabschiedet hat. Die Delegierten verwiesen dabei auf die steigende Zahl von Masern-Erkrankungen in Europa.

Der Text der Resolution im Wortlaut:
Das Wiederauftreten der Maserninfektionen in der WHO-Europaregion macht ein schnelles und klares Handeln des Gesetzgebers erforderlich, um die Durchimpfungsrate zu erhöhen.

Mit mehr als 82.000 Menschen sind in den 53 Mitgliedsstaaten der WHO-Europaregion so viele Menschen an Masern erkrankt wie seit zehn Jahren nicht mehr. Die Kammerversammlung der Landesärztekammer Brandenburg fordert daher, deutschlandweit eine Masernimpfpflicht einzuführen.

Aus medizinisch-wissenschaftlicher Sicht gibt es zu einer Impfpflicht nach Stiko-Empfehlung keine gleichwertige Alternative. Denn nur mit dieser schützt man sich selbst – nicht zuletzt aber auch die Gesellschaft.



Landesärztekammer Brandenburg

Körperschaft des öffentlichen
Rechts
Pappelallee 5
14469 Potsdam

Dipl.-Med. Frank-Ullrich Schulz
Präsident
Telefon: 0331/505605-520
E-Mail: praesident@laekb.de

Pressekontakt:

Landesärztekammer Brandenburg

Büro für Öffentlichkeitsarbeit

Geschäftsstelle Potsdam:

Pappelallee 5
14469 Potsdam
Telefon: 0331/505605-525
Fax: 0331/505605-538

Geschäftsstelle Cottbus:

Dreifertstraße 12
03044 Cottbus
Telefon: 0355/78010-0

E-Mail: presse@laekb.de